

Freie Hansestadt Bremen Ortsamt Borgfeld	28357 Bremen, 27. Febr. 2008 Borgfelder Landstr. 21		
Legislaturperiode 2007-2011, Protokoll, lfd.-Nr. 9 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Beirates			
Datum: 19. Febr. 2008	Beginn: 19.30 Uhr	Ende: 22.50 Uhr	Sitzungsort: Saal der Evang. Kirchengemeinde Borgfeld, Katrepeler Landstr.9
Teilnehmer: Ortsamt: OAL, Vorsitzender, G. Bauer, Schriftführer, Beirat: die Damen Clüver und Piontkowski, die Herren Behrens, Bramsiepe, Filser Ilgner, Dr. Linke, Schilling und Stief, Gäste: Frau Sittauer und Herr Theilen, beide Sen.f.UBVu.Europa, Möller, Stadtgrün, Mathei, ASV und Vobker, AfSDO, sowie die Damen Grünewald, Borgfelder Butjer, Kirchherr „Murmel“ und Meiners, Ev. Kindergarten Krögersweg.			
Tagesordnung: 1. Genehmigung der Tagesordnung 2. Genehmigung des Protokolls vom 11.12.2007 und 17.01.2008 3. Wünsche und Anregungen der Bürger 4. Erlass einer Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen in den Stadt- oder Ortsteilen Blockland, Borgfeld, Burglesum und Horn-Lehe der Stadtgemeinde Hierzu: Frau Sittauer und Herr Theilen (beide SfUBVuE) 5. Versorgung der unter 3jährigen mit Betreuungsplätzen Hierzu: Herr Vobker, AfSDO sowie die Vertreterinnen der Kitas: „Borgfelder Butjer“, Frau Grünewald, „Murmel“ Frau Kirchherr und „Evang. Kindergarten Krögersweg“, Frau Meiners 6. Schulwegsicherung; Lange Streifen / Krögersweg Hierzu Herr Heißenbüttel, KOP Borgfeld 7. Lärmkartierung nach EG-Umgebungslärmrichtlinie, -Auswirkungen auf Borgfeld- Hierzu: Antrag der SPD; Lärmschutzmaßnahmen 8. Nachwahl eines Mitglieds für Ausschuss I (Bau, Verkehr und Umwelt) 9. Anträge der Fraktionen: Hierzu von der CDU: Wassergebundene Decken in Borgfelder Wohngebieten. Entsorgung von Abfällen (Biotonnen von der SPD: Recycling Station Borgfeld 10. Mitteilungen			

Herr Neumann-Mahlkau eröffnete die Sitzung um 19,30 Uhr und begrüßte die Erschienenen, Frau Karin Garling und Frau Sandra Ahrens als Mitglieder der Brem.Bürgerschaft, sowie die Pressevertreter.

TOP 1:

Die TO wurde einstimmig genehmigt.

TOP 2:

Die Niederschriften über die Sitzungen am 17.Januar und 11. Februar 2008 wurden einstimmig genehmigt.

TOP 3:

- **Herr Drewes**, Querlandstraße, fragte an, ob der Fußweg von der Querlandstraße zum Vierrutenweg auch von anderen Fahrzeugen benutzt werden darf. Es handelt sich nur eine

Fußwegverbindung, wurde ihm mitgeteilt. Er regte an, dass für den Weg ein Name gefunden werden sollte.

- **Herr Huesmann** trug vor, dass das Geländer über das Mittelste Fleet bei der Hans-Wendt-Stiftung abmontiert worden ist. Die Hans-Wendt-Stiftung soll wegen der Reparatur angesprochen werden.
- **Herr Kratzel**, Bruchwettern, teilte in diesem Zusammenhang mit, dass er festgestellt habe, dass das Geländer mutwillig beschädigt worden ist. Eine Rücksprache zw. Ortsamt und Hans-Wendt-Stiftung (Frau Niederau) hat ergeben, dass die Hans-Wendt-Stiftung wegen hohen Krankenstandes des Personals das Geländer zurzeit nicht reparieren kann und deshalb gebeten habe, den Kaisenstift anzusprechen, ob von deren Personal eine Reparatur nicht durchgeführt werden könnte. Hier hat eine Rücksprache mit Frau Osmer ergeben, dass das Geländer von deren Hausmeister auf die Schnelle nicht repariert werden könnte, weil er in Osterurlaub gehen würde. Es sollte deshalb nach Ostern nochmals eine Rücksprache erfolgen.
- **Herr Stark** wies beim Umtausch der Biotonnen darauf hin, dass dies auf den Unmut der Bevölkerung gestoßen ist. Die viel kleineren Tonnen sind für den anfallenden Gartenabfall nicht mehr ausreichend. Es könnte keinem Bürger zugemutet werden, dass er den Gartenabfall mit seinem Pkw zur nächsten Recyclingstation bringen soll. Die Bürger wären gerne bereit, für den Einsatz einer größeren Tonne anteilmäßige Gebühren zu bezahlen.
- **Frau Pionkowski** wies darauf hin, dass sie zu diesem Thema bereits einen Antrag wegen des Umtausches eingebracht habe, der in dieser Sitzung noch behandelt werde.
- **Herr Rudolf** vom „Kulturforum Borgfeld“ trug vor, dass zu einem Schreibwettbewerb zum Thema „Borgfeld“ aufgerufen worden ist. Er hofft, dass sich viele Borgfelder Bürger an der Aktion beteiligen werden, die etwas über Borgfeld schreiben könnten.
- **Frau Pionkowski** erinnerte daran, dass am 08. März wieder ein Dorfputz durchgeführt werde und sich möglichst viele Borgfelder daran beteiligen sollten.
- Hier wurde von **Frau Pionkowski** vorgebracht, dass die Pflege der Spielplätze aus dem Haushalt der Sozialbehörde herausgenommen werden soll. Sie bat um Prüfung, wer die künftige Pflege übernehmen werde. Dies wird noch geprüft

TOP 4:

Zu diesem TOP begrüßte Herr Neumann-Mahlkau die Vertreter des SUBV u. Europa, Frau Sittauer und Herrn Theilen.

Frau Sittauer berichtete, dass die Landschaftsschutzverordnung von 1968 im Jahr 2009 ausläuft und dahingehend geändert werden soll und die Umsetzung der Verordnung innerhalb von 6 Jahren erfolgen muss. Es handelt sich hierbei um die Flächen, die schon nach den EU-Richtlinien als Landschafts- und Naturschutzflächen ausgewiesen sind. Für Borgfeld betrifft es die Flächen im Bereich der Unteren Wümme, die aber als solche Flächen schon ausgewiesen sind und jetzt durch die Verordnung festgeschrieben werden sollen.

Nach der Anhörung der Träger öffentlichen Belange werden die eingegangenen Stellungnahmen nachgesehen und dann entschieden, wie damit umzugehen ist.

Herr Theilen zeigte anhand der Gebietskarte, dass Borgfeld nur am Rande und zwar mit den Flächen am Kuhgrabenweg betroffen ist, die umgeschrieben werden sollen.

Neue Flächen sollen in den Bereichen am Grambker See und im Bereich des Blocklandes in die Verordnung als Schutzzweck der Ausweisung als FFH-Gebiet aufgenommen werden.

Die Verordnung wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2008 in Kraft treten.

Herr Ilgner trug vor, dass am Kreuzdeich ein neues Biotop angelegt werden soll und schlägt vor, dieses als Ausgleichsfläche gleich mit in die Verordnung aufzunehmen. Außerdem bat er um Mitteilung, welche Auswirkungen das für die Borgfelder Landwirte haben werde. Bestehe trotz dieser Verordnung dann noch die Möglichkeit, dass eine Entlastungsstrasse durch dieses Gebiet gebaut werden könnte, wie es von einer Verkehrsinitiative gefordert werde, um die Verkehrsbelastung für Borgfeld zu entschärfen.

Frau Sittauer trug vor, dass es sich um die Änderungen des § 3, Absätze 2 und 4 handele. Damit werde festgelegt, welche Schutzbestimmungen wegfallen würden, u.a. der Fang der Bismarcken. Was die Biosphären anbetrifft, ist eine Abstimmung mit Niedersachsen erforderlich.

Herr Theilen erklärte, dass eine Ausweisung von weiteren Flächen nicht vorgesehen sei. Deshalb ist die Aufnahme der Ausgleichsflächen am Kreuzdeich jetzt noch nicht vorgesehen. Borgfelder Landwirte würden durch diese Maßnahme nicht betroffen.

Der Beiratssprecher aus dem Blockland berichtete, dass sie von den Schutzbestimmungen stark betroffenen würden.

Die Natur – und Landschaftsschutzgebietsverordnungen würden neu geregelt, weil durch die Festsetzung als FFH-Gebiet eine Umsetzung in Europäische Rechte erfolge.

Herr Theilen sagte, die Möglichkeit des Baus einer Entlastungsstraße bliebe unter denselben Voraussetzungen wie bislang bestehen, denn die Entlastungsstraße Lilienthal wie auch der Anschluss der Bundesautobahn A 281 verliefen bereits jetzt teilweise auf ausgewiesenem FFH-Gebiet.

Nach diesen Informationen nahm der Beirat die Umsetzung dieser Verordnung zur Kenntnis.

Frau Sittauer und Herr Theilen wurden um 21.10 Uhr verabschiedet.

TOP 5:

Zu diesem TOP begrüßte Herr Neumann-Mahlkau die Vertreterinnen der KITAS in Borgfeld, Herrn Vobker, AfSD und die Damen Ahrens und Garling als MdBBs.

Frau Piontkowski trug vor, dass in der Sitzung des Ausschusses II am 06. Februar mitgeteilt worden ist, dass in diesem Jahr 10 Hortplätze dazu kommen würden. Dies reiche nicht aus. Sie forderte, dass der Bedarf an Plätzen für 0 – 3jährige, der in Borgfeld bestehe, auch abgedeckt werde. Betreuungsplätze seien für junge Familien auch ein Standortargument, in Bremen ein Eigenheim zu erwerben. In Borgfeld sei der Bedarf an Betreuungsplätzen insbesondere deshalb so groß, weil häufig beide Elternteile berufstätig seien. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müsse bei der Verteilung der Betreuungsplätze eine Rolle spielen. Die Regierungskoalition aus SPD und Grünen wolle dagegen nur soziale Kriterien für die Verteilung berücksichtigen. Es sei zwar auch wichtig, dass sozial schwächeren Familien geholfen werde. Dies könne aber nicht der alleinige Gesichtspunkt bei der Verteilung der Betreuungsplätze sein. Sie stellte den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Herr Vobker erklärte, dass erst vor einer Woche neue Zahlen vorgelegt worden seien. Für die Schaffung von Plätzen für unter 3jährige könnten zur Zeit nur 8 Plätze angeboten werden, was eine Versorgung von 2,8 % bedeute. Bis zum Jahr 2013 solle eine Versorgung von 35 % erbracht werden. Ab 2013 solle auch der Anspruch auf 1jährige Kinder erfolgen, dafür sollten bremenweit 131 Plätze geschaffen werden.

Frau Kirchherr wies darauf hin, dass die Bremer Heimstiftung 10 Plätze nach der Fertigstellung des Stiftungsdorfes schaffen werde. Dazu solle außerdem ein pädagogischer Mittagstisch angeboten werden.

Frau Meiners erklärte, dass Plätze in Borgfeld benötigt würden, aber keine Räumlichkeiten für die 0-3jährigen vorhanden seien. Die Schaffung von Plätzen für 0-3jährige könne nicht zu Lasten der Plätze für 3-6jährige gehen.

Frau Ahrens (jugendpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion) trug vor, dass seit dem Jahr 2005 der jährliche Ausbau von Plätzen für unter dreijährige bis zur Bedarfsdeckung vorgeschrieben ist nach § 24a (2) SGB VIII. In Borgfeld besteht durch die Neubaugebiete, die viele junge Eltern angezogen haben dringender Bedarf an solchen Plätzen. Leider hat die rot/grüne Regierung beschlossen, dass die ca. nur 100 Plätze und damit viel zu wenige schaffen will und diese auch nur in sozial benachteiligten Stadtteilen. Die Kriterien für eine Aufnahme werden allerdings nicht verändert, so dass vorrangiges Aufnahmekriterium weiterhin die Berufstätigkeit der Eltern ist. Das wird dazu führen, dass berufstätige Eltern aus Borgfeld ihre Kinder nach Osterholz oder anderswo hinbringen müssen.

Für den Aufbau einer Kindergruppe würden zwei Jahre benötigt, daher sei es erforderlich, dass dafür Räumlichkeiten geschaffen würden, um die Versorgungsangebote zu realisieren, erklärte

Frau Grünewald.

Frau Garling trug vor, dass die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft eine Versorgung aller Kinder mit einem Kindergartenplatz fordere, nur fehle es allerdings an der Umsetzung, weil die erforderlichen Räumlichkeiten wie auch das Personal dafür nicht vorhanden seien.

Herr Vobker schlug vor, eine Aufteilung in drei Kategorien vorzunehmen, nämlich die unter 3jährigen, 3-6jährige und die pädagogischen Spielkreise. Nach der 1.Vorlage sollten 100 Krippenplätze in Bremen geschaffen werden, davon gingen 78 in benachteiligte Stadtteile.

Frau Piontkowski erklärte, dass mit dem Antrag auch die Schaffung von Plätzen in dem Stadtteil für 3-6jährige gefordert werde. Weil aber die Plätze in Borgfeld fehlten, haben Eltern schon Plätze in anderen Stadtteilen in Anspruch nehmen müssen. Dies sei für die Eltern mit erheblichen Umständen verbunden.

Frau Meiners wie auch Frau Kirchherr berichteten, dass Eltern bereits Kinder angemeldet hätten, die noch gar nicht geboren wären.

Herr Dr. Linke unterstützte den Antrag der CDU-Fraktion und vertrat die Auffassung, dass zunächst die für das Jahr 2009 eingehenden Anmeldungen abgewartet werden sollten, um zu erfahren, wie viele Kinder überhaupt einen Platz benötigten. Erst dann könnten die erforderlichen Kapazitäten gefordert werden.

Frau Kirchherr fügte noch hinzu, dass der neue Träger für das Stiftungsdorf noch gefunden werden müsse. Außerdem dauere es dann noch über ein Jahr, bis die ersten Zuschüsse gewährt werden könnten. Deshalb wäre eine zweijährige Planung erforderlich.

Herr Ilgner kritisierte den gesamten CDU-Antrag grundsätzlich. Es könnten keine weiteren Hortplätze gefordert werden, wenn die von der Behörde zur Verfügung gestellten noch nicht einmal besetzt seien (fünf sind frei). Außerdem bemängelt **Herr Ilgner**, dass die Forderung nach 131 Betreuungsplätzen für unter 3jährige für Borgfeld unrealistisch sei, weil im Stadtteil die Voraussetzungen für ihre Einrichtung fehlen. Es gibt für solche Einrichtungen weder Träger, noch Räume oder gar Investoren. Ohne konkrete und verlässliche Planungen gibt es keine staatlichen Zuschüsse.

Des weiteren riet **Herr Ilgner** dringend davon ab, die zehn Krippenplätze im Stiftungsdorf in einen Antrag zu nehmen, der keine Aussicht auf Erfolg hat und nicht erst genommen wird. **Herr Ilgner** erklärte, dass der Bedarf bereits bei der Sozialsenatorin angemeldet sei und dass er diesbezüglich Gespräche mit den Einrichtungen und Stiftungsdorf geführt habe.

Bei den Kindergartenplätzen mit Anspruchsberechtigung kritisierte **Herr Ilgner** ebenfalls die angegebenen Zahlen. Es gäbe noch freie Plätze in Borgfeld (acht sind nicht besetzt) und es können noch weitere dazu kommen, wenn der Abgleich über die Planungskonferenzen stattgefunden habe.

Daher stellte **Herr Ilgner** den Antrag, den CDU-Antrag zur Überarbeitung in den Sozialausschuss des Beirates zu überweisen, um ihn umzuformulieren.

Herr Stief schlug vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass Plätze für 0-3jährige entsprechend des Bedarfs in Borgfeld eingerichtet werden sollten und sich der Antrag hierauf konzentrieren sollte.

Frau Piontkowski erklärte, die Änderungen von Herrn Stief zu übernehmen.

Herr Neumann-Mahlkau bat um Abstimmung über die vorgelegten Anträge der SPD- und CDU-Fraktion mit der Änderung der FDP-Fraktion.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit 4:5 abgelehnt, der Antrag der CDU-Fraktion mit FDP-Änderungen mit 5:4 angenommen.

Top 6:

Herr Heißenbüttel trug vor, dass zur alten Borgfelder Grundschule rd. 320 Schulkinder gehen. Besonders diejenigen, die aus dem Bereich Borgfeld-Ost kämen, so habe er festgestellt, müssten im Bereich Lange Streifen/Krögersweg die Fahrbahn überqueren. Dabei würden sie immer wieder von Autos gefährdet, die diesen Bereich befahren und nicht auf die Kinder achten würden. Um für die Kinder hier eine gefahrlose Überquerung zu ermöglichen, sollten in Zusammenarbeit mit dem ASV sichtbare Zeichen durch Markierung oder die Aufstellung von Schilder vorgenommen werden.

Frau Piontkowski und Herr Ilgner erklärten, dass sich der Ausschuss und der Beirat die Stelle angesehen hätten und geeignete Maßnahmen für erforderlich gehalten werden. Eine Umsetzung müsste umgehend erfolgen.

Herr Kratzel schlug vor, Schülerlotsen einzusetzen.

Herr Heißenbüttel erklärte dazu, dass ein solcher Einsatz hier nicht möglich ist, weil Schülerlotsen mindestens 13 Jahre alt sein müssen und Schüler in diesem Alter in Borgfeld nicht mehr zur Schule gehen.

Frau Nölle berichtete dazu, dass der Einsatz nicht möglich ist, weil die Borgfelder Schüler in diesem Alter an weiterführende Schulen gehen würden.

TOP 7:

Herr Neumann-Mahlkau trug vor, dass im Lärmschutzkataster die Borgfelder Allee und die Bgm.-Kaisen-Allee als beeinträchtigt markiert wären.

Herr Ilgner erklärte die Forderungen der EU-Umgebungslärmrichtlinie und ihre Auswirkungen auf Borgfeld. Er führte aus, dass für Borgfeld nur der Verkehrslärm relevant sei und dass die Grenzwerte von 70 Dezibel tags und 60 Dezibel nachts durchschnittlich an der Hauptverkehrsader Borgfelder Heerstraße/Borgfelder Allee nach den Berechnungen der Umweltbehörde überschritten werden. Das korrespondiere auch mit den Ergebnissen der Messungen, die von der Initiative Linie 4 nur mit Hollerlandtrasse an der Borgfelder Heerstraße/Borgfelder Allee durchgeführt worden sind. Da die Baubehörde verpflichtet ist, bis zum 18. Juli 2008 der EU ihr Aktionsprogramm zum Lärmschutz vorzulegen und an der Borgfelder Allee sowohl der Spielplatz des Kindergarten „Murmel“ als auch der Pausenhof der Grundschule Am Borgfelder Saatland ungeschützt dem Lärm ausgesetzt seien, habe die SPD einen Antrag auf Lärmschutzmaßnahmen gestellt, um dessen Unterstützung er bat.

Herr Filser bat um Auskunft des Kindergarten am Borgfelder Saatland bzw. von der dortigen Schule, ob es von dort Hinweise auf Lärmbelastungen gäbe.

Frau Kirchherr als Leiterin der Kita „Murmel“ erklärte, dass die Fläche vor der Kita abgegrenzt worden sei und der Straßenlärm die Kinder im Spiel und die Erzieherinnen bei der pädagogischen Arbeit schon sehr stören würde.

Herr Huesmann wies darauf hin, dass in der Controllingrunde Borgfeld über entsprechende Maßnahmen beraten worden sei, aber weil kein Bedarf bestehe, seien alle vorgeschlagenen Maßnahmen abgelehnt worden. Evtl. solle eine Pflanzung von Hecken und Bäumen vorgenommen werden.

Frau Piontkowski trug vor, sie habe die Befürchtung, dass das Lärmkataster über ein bloßes Dasein als „Papiertiger“ nicht hinauskomme. Denn es stelle nur fest, wo übermäßiger Lärm vorhanden sei. Geld für konkrete Maßnahmen zur Lärmreduzierung werde damit aber noch keinesfalls zur Verfügung gestellt. Der Beirat habe sich bereits einmal dafür ausgesprochen, dass Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der Kita und Schule in Borgfeld West durchgeführt würden, sei damit aber nicht durchgedrungen. Die CDU-Fraktion werde den Antrag der SPD unterstützen.

Herr Neumann-Mahlkau stellte fest, dass zwei Anträge zum Thema Lärmkataster vorliegen, nämlich von der SPD und den Grünen (lärmärmeres Pflaster in der Borgfelder Landstraße). Im Abstimmungsverhältnis wurde beiden einstimmig zugestimmt.

Herr Lüken als Sprecher der Verkehrsinitiative Bürgermeister-Kaisen-Allee Ost trug vor, dass die Bgm.-Kaisen-Allee vom Lärm her auch stark betroffen sei. Zum Schutz der Anwohner und für Kinder sei zwar eine verkehrsberuhigte Tempo 30 Zone eingerichtet worden. An dieses Tempo hielten sich leider die wenigsten. Deshalb sollten Maßnahmen zur Tempo- und Lärmreduzierung mit aufgenommen werden.

Herr Neumann-Mahlkau schlug vor, im Gespräch mit den Bürgerinitiativen über geeignete Maßnahmen zu beraten.

TOP 8:

Herr Neumann-Mahlkau gab bekannt, dass Herr Matthias Cramer aus beruflichen Gründen als Mitglied des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehrsangelegenheiten ausgeschieden ist und bat um Vorschläge für die Nachwahl.

Die CDU-Fraktion schlug Frau Irka Krüger vor. Weitere Vorschläge wurden nicht vorgebracht.

Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt und Frau Irka Krüger zum Ausschussmitglied ernannt. Herr Neumann-Mahlkau verpflichtete darauf hin Frau Krüger.

TOP 9:

Frau Piontkowski trug den von der CDU-Fraktion verfassten Antrag zu der Befestigung von Geh- und Fußwegen mit wassergebundenen Decken vor. Mit dem Antrag fordert der Beirat die Fachbehörden auf, die wassergebundenen Decken gegen feste Decken auszutauschen. Sie betonte, dass es in der letzten Zeit vermehrt zu Beschwerden über durchweichte und unpassierbare Wege in Borgfeld gekommen sei. Dies sei den Bürgern, insbesondere aber auch den älteren Leuten und Familien mit Kinderwagen sowie Behinderten nicht zumutbar. Es solle eine Prioritätenliste aufgestellt werden, wie der Austausch erfolgen solle. Dazu solle eine Begehung durchgeführt werden. Oberste Priorität habe für sie Borgfeld Mitte. Selbstverständlich solle dabei auch darauf geachtet werden, dass das Wurzelwerk der Bäume nicht beschädigt werde.

Herr Ilgner schlug vor, die Befestigung mit Bitumen herauszunehmen, weil erforderlich werdende Reparaturen sehr teuer wären. Im übrigen habe der Beirat aus der Legislaturperiode 1999 –2003 die Herstellung der Wegebefestigungen mit den wassergebundenen Decken gefordert, weil diese den dörflichen Charakter darstellen würden.

Herr Möller, Stadtgrün, berichtete, dass eine Ausbesserung sehr kostspielig sei, weil eine Auskoffierung erforderlich wäre. Im Grunde sei es so, dass sich mit der Zeit das Material verfestigen würde und das Oberflächenwasser nicht mehr so abfließen könne. Der Belag weiche auf und werde matschig. Im übrigen sei Stadtgrün nur für die Wege in Parks und der Wallanlagen zuständig, wobei die Wege in den Wallanlagen von besonderer Bedeutung seien, weil sie sehr besucherfreundlich sein müssen. Für die Fuß- und Radwege sei das ASV zuständig.

Hierzu schlug **Herr Mathei** vor, dass zunächst eine Begehung stattfinden müsste, um sich die Wegezustände anzusehen.

Herr Huesmann trug vor, dass er als Seniorenvertreter angesprochen worden ist, dass die Wege vor allem Dingen in Borgfeld-Mitte sehr beschädigt sind. Außerdem werden die Wege von Autos zugeparkt.

Zu den weiteren Ausführungen wurde vorgebracht, dass der Antrag ergänzt wird mit der Forderungen, dass Alternativen geprüft und Schäden ausgebessert werden sollen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Frau Piontkowski trug zunächst Ihren Antrag betreffend des Umtausches der Biotonnen vor. Mit ihrem Antrag fordert sie die Entsorgungsbetriebe auf, dass die Größe der Biotonne nicht der Restmülltonne angepasst wird, sondern Bürger auf Antrag auch größere braune Tonnen erhalten sollten. Außerdem forderte sie eine verbesserte öffentliche Laubentsorgung. Denn es könne den Bürgern nicht zugemutet werden, das anfallende Laub, auch das der Bäume vom öffentlichen Grund, sowie die Gartenabfälle jeweils mit PKWs zu den entfernten Recyclinghöfen zu fahren. Dies sei ein erheblicher Aufwand, produziere unnötige Abgase und sei daher wenig umweltfreundlich und führe zu einer Verschmutzung der PKWs. Bei ihr hätten sich Bürger beschwert, die mit dem Umtausch nicht einverstanden seien und auch bereit wären, sich anteilmäßig an den Kosten für die Laubentsorgung zu beteiligen.

Herr Stark unterstützte den Antrag, weil die kleine Biotonne nicht ausreiche, um das gesamte zusätzliche Laub mit zu entsorgen.

Herr Ilgner erklärte die Systematik des Ortsgesetz über die Entsorgung von Abfällen. Danach muss unterschieden werden zwischen Bioabfällen und Gartenabfällen, die grundsätzlich getrennt gesammelt und weiterverarbeitet werden. Bioabfälle und in geringem Umfang leichte Gartenabfälle können über Biotonnen entsorgt werden. Für größere Mengen von Gartenabfällen sind die eigene Kompostierung, die Recyclingstationen oder die Blocklanddeponie vorgesehen. Wer dies nicht beachte, begehe eine Ordnungswidrigkeit und könne belangt werden. Daher sei der von der CDU formulierte Antrag nach Auffassung von Fachjuristen problematisch. Er schlug daher vor, die Forderungen nochmals zu überprüfen.

Herr Dr.Linke schlug vor, den Antrag im Ausschuss I nochmals zu beraten.

Frau Piontkowski trug vor, dass sie das Bremer Abfallgesetz geprüft habe. Danach seien die Biotonnen auch für Grünabfälle im Garten vorgesehen.

Die Fraktionen einigten sich darauf, den CDU-Antrag dahingehend anzunehmen, dass gefordert werde, dass Bürger auf Antrag und gegen Kostenbeteiligung größere Bio-Tonnen erhielten und die Stadt aufgefordert würde die öffentliche Laubentsorgung zu verbessern. Außerdem sollte der

Austausch der größeren Bio-Tonnen gegen kleinere zunächst ausgesetzt werden. Eine genaue Formulierung des Antrages solle noch interfraktionell abgestimmt werden.

Herr Neumann-Mahlkau schloss die Sitzung um 23.00 Uhr.



Der Schriftführer:



Die Beiratssprecherin:



Der Vorsitzende:

Anlage 1, TOP 5 zum Protokoll vom 19.02.2008

Gemeinsamer Antrag

Bremen, den 19. Feb. 2008

der CDU und FDP Fraktionen im Beirat Borgfeld

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird aufgefordert zur Schaffung von ausreichend Betreuungsplätzen für unter 3-jährige auch in Borgfeld. Aufnahme in das Ausbauprogramm. Bessere Abstimmung der Anmeldezeiten für Kitas und Krippen. Wesentlich stärkere Berücksichtigung des Kriteriums „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bei der Verteilung von Krippenplätzen in Bremen als bisher.

Begründung:

Durch das Angebot an Wohnraum in den Neubaugebieten in unserem Stadtteil haben sehr viele junge Familien mit Kindern im Kindergarten-/Hortalter in Borgfeld eine Heimat gefunden. Die Eltern arbeiten häufig beide, um sich die Lebensqualität zu leisten, die ein Wohnsitz in Bremen ausmacht. Die Entscheidung in Bremen zu wohnen ist auch im Vertrauen auf das Vorhandensein einer nötigen Infrastruktur gefallen. Leider ist entspricht das Angebot an Hortplätzen und Plätzen für unter 3jährige in unserem Stadtteil nicht dem Bevölkerungszuwachs (Borgfeld hat sich von den Einwohnerzahlen her fast verdoppelt). Es wird zwar die verlässliche Grundschule angeboten, die jedoch nur Kinder bis 13.00 Uhr betreut und während der Schulferien nicht zu Verfügung steht (Werkstätige müssen in der Regel länger als bis Mittag arbeiten und haben aber nur begrenzt Urlaub, der auch nicht immer komplett in der Zeit der Schulferien genommen werden kann). Die Einführung der Ganztagschule für unseren Stadtteil ist nicht absehbar.

Aktuell stehen in Borgfeld für das kommende Kindergartenjahr 68 Hortplätze (= 14 % bei insgesamt 486 Kindern im Alter von 6 – 10 Jahren) in den Kindertagesheimen zur Verfügung, das sind zehn Plätze mehr als im letzten Jahr. Bei dem pädagogischen Mittagstisch (von 13 bis 15 Uhr) der Grundschule Borgfeld Mitte kann der Bedarf für 10 Kinder nicht gedeckt werden bei weiter steigendem Bedarf. Im KTH Murmel besteht aktuell ein Überhang von 3 und bei der evangelischen Kirche von 8 Hortplätzen. Aus Gesprächen mit Betroffenen ergibt sich, dass der tatsächliche Bedarf an Hortplätzen noch weit über die genannten Zahlen hinausgeht, die Eltern aber aufgrund fehlender Plätze im Hortbereich entmutigt sind und ihre Kinder - mit allen daraus entstehenden Konsequenzen – gar nicht mehr anmelden.

Die Versorgungsquote für unter 3jährige Kinder mit Betreuungsplätzen liegt aktuell in Borgfeld bei 2,8 % (8 Plätze bei der Murmel für 277 Kinder in Borgfeld). Im Koalitionsvertrag heißt es, dass „Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bis hin zu einer Versorgungsquote von 20% bis 2010“ geschaffen werden sollen. Hiervon sind die tatsächlichen Verhältnisse in Borgfeld weit entfernt. Wie groß der Bedarf an Betreuungsplätzen für unter 3jährige ist, zeigt der Umstand, dass bei der Murmel 121 Kinder unter 3 Jahren auf der Warteliste stehen und bei der ev. Kirche insgesamt 10 Kinder einen Bedarf für einen ganztätigen Krippenplatz haben. Es kommt hinzu, dass die Anmeldezeiten für Kitas und Krippen z.Zt. konträr laufen, eine bessere Abstimmung könnte für mehr Flexibilität bei der Platzvergabe sorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss bei der Zuteilung der Krippenplätze unter den Stadtteilen neben berechtigten anderen Kriterien eine Bedeutung haben. Ganz und gar nicht hinzunehmen ist es, wenn sich Zuschläge für 8 Plätze in einem Stadtteil nicht realisieren lassen und in einem anderen Stadtteil wie Borgfeld, wo dringender Bedarf ist, keine Plätze geschaffen werden können. Das KTH Murmel hat Interesse angemeldet, 10 Hortplätze in einem eigens dafür vorgesehenen Raum der Seniorenwohnanlage in Borgfeld West einzurichten. Dies sollte ermöglicht werden und ins Ausbauprogramm aufgenommen werden.

Zwar wurden bislang alle Rechtsanspruchskinder mit einem Kindergartenplatz versorgt. Jedoch gelingt es bislang nicht, alle Kinder auch wohnortnah in ihrem Stadtteil unterzubringen. So mussten Kinder z.B. nach Oberneuland in den Kindergarten gebracht werden. Die stadtteilferne Unterbringung ist von Nachteil für den Übergang in die Schule, weil Schule und Kindergarten eng kooperieren. Daher sollte das Ziel sein, allen Borgfelder Kindern auf Wunsch der Eltern auch einen Kindergartenplatz in Borgfeld zur Verfügung zu stellen. Darauf wird bei den Platzzuweisungen zu achten sein. Borgfelder Kindern sollte in Borgfelder KTHs der Vorrang vor

ortsfremden Kindern eingeräumt werden. Aktuell sind bei den Borgfelder Butjern 12 anspruchsberechtigte Kinder ohne Platz und bei der Murrel 4 Kinder sowie 2 weitere 4.- Quartalskinder. Die Kindergärten der ev. Kirche und Timmersloh sind voll belegt.

Im Interesse der Kinder, ihrer Vorbereitung auf die Zukunft und der mit Priorität versehenen Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordern wir, hier dringend Abhilfe zu schaffen.
Gabi Piontkowski Fraktion der CDU und Clemens Stief und Fraktion der FDP

Anlage 2, TOP 5 zum Protokoll der Sitzung vom 19.02.08

Antrag Krippenplätze

Schaffung von ausreichend Betreuungsplätzen für unter 3-jährige auch in Borgfeld. Aufnahme in das Aufbauprogramm. Bessere Abstimmung der Anmeldezeiten für Kitas und Krippen. Wesentlich stärkere Berücksichtigung des Kriteriums „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bei der Verteilung von Krippenplätzen in Bremen als bisher.

Begründung entsprechend anpassen.

Clemens Stief, Fraktion der FDP
19. Februar 2008

Anlage 3, TOP 6 zum Protokoll vom 19.02.2008

Von: Heißenbüttel, Manfred (POLIZEI)
Gesendet: Donnerstag, 20. Dezember 2007 12:45
An: Bauer, Günter (OA Borgfeld)
Betreff: WG: Verkehrssicherheit für Schulkinder

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Heißenbüttel, Manfred (POLIZEI)
Gesendet: Montag, 17. Dezember 2007 12:02
An: Braunstein, Dieter (POLIZEI)
Cc: Mathej, Uwe (ASV)
Betreff: Verkehrssicherheit für Schulkinder

Nach wiederholten Klagen einzelner Eltern, letztmalig am 17.12.2007, aber auch auf Grund eigener Beobachtung, muß ich mal folgendes loswerden:

Morgens, zwischen 07.40 und 07.55 h, ziehen große Scharen von Schulkindern, zur Grundschule Borgfeld, in der Katrepeler Landstr. 1.

Die Kinder, teilweise auch von Eltern begleitet, müssen sich den Weg 'bahnen', u. a. über die Straßen: Lange Streifen, Krögersweg und Katrepeler Landstraße.

Ihnen kommen teilweise Autos (Berufsschleichverkehr durch Borgfeld) entgegen. Da kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen, z. B. am heutigen Morgen.

Gerade an der o. g. Straßenecke, wo die Katrepeler Landstraße und insbesondere der Lange Streifen und der Krögersweg zusammentreffen, muß m. E. unbedingt und kurzfristig eine Querungshilfe für die Grundschüler (z. Zt. 314 Schüler, verteilt auf 13 Klassen) geschaffen werden. Wir als Polizei hätten da Ideen und Vorschläge.

Mit den sog. 'gelben Füßen' kann man im Umfeld dieser Schule m. E. nicht arbeiten, da die Wege keine festen (gepflasterten/asphaltierten) sind, sondern wassergebunden.

Vom dem allmorgendlichen Ansturm, gerade jetzt, zur dunklen Jahreszeit, könnte man sich am besten bei einem Ortstermin ein Bild machen.

Es gibt hier übrigens weitere, gefährliche Ecken, aber in dem o. a. Bereich ist es m. E. am gefährlichsten/dringlichsten.

Es grüßt der KoP aus Borgfeld, Manfred Heißenbüttel

Anlage 4, TOP 6 zum Protokoll vom 19.02.08



Clemens Stief
Tel.: 04 21 – 27 07 97

Mail: stief@fdp-bremen.de
Post: Upper Borg 154
28357 Bremen

Antrag zur Sitzung am 19. Februar 2008
-Vertagt für die Sitzung am 04. März 2008-

13. Februar 2008

Der Beirat Borgfeld möge beschließen:

Der Beirat Borgfeld bittet den Beirat Horn, sich dafür einzusetzen, daß die beidseitige Einengung am Lehester Deich in Höhe der Hans Wendt Stiftung entfernt und an dieser Stelle eine Bedarfsampel errichtet wird.

Begründung:

Der Lehester Deich gehört zwar nicht zu Borgfeld, jedoch sind hinsichtlich der Überquerung der Straße in diesem Bereich im wesentlichen Borgfelder Bürger betroffen: Anlieger des Wellhausenwegs, des Mariannenhofs und der Hans Wendt Stiftung, sowie Mitglieder des Borgfelder Tennisclubs.

Die beidseitige Einengung, als Verkehrsberuhigung gedacht, sorgt für große Unsicherheit beim Überqueren der Straße. Die Autofahrer beschleunigen eher, als dass sie sich an Tempo 30 halten, weil jeder der erste an dieser Stelle sein will, um nicht den Gegenverkehr durchlassen zu müssen. Das führt zu teilweise chaotischen Situationen.

Wenn die Autofahrer sich hier schon nicht einigen können, wer zuerst fährt, wie soll denn ein Schulkind wissen, wann es gefahrlos die Straße überqueren kann? Besonders betroffen sind Borgfelder Schulkinder, die zur Curie- oder Bergiusschule müssen, Horner Kinder zur Hans Wendt Stiftung und auch die ca. 80 Kinder des Borgfelder Tennisvereins.

Wir begrüßen das von den Horner Kollegen geforderte Tempo 30 auf dem gesamten Lehester Deich, sind aber der Überzeugung, daß die Überquerungsproblematik an der geschilderten Stelle damit in keiner Weise gelöst sein wird.

Clemens Stief

Dem Antrag wurde in der öffentlichen Sitzung des Beirates am 04. März 2008 einstimmig zugestimmt.

Anlage 5, TOP 7 zum Protokoll vom 19.02.2008
Lärmschutzmaßnahmen

SPD – Fraktion
Beirat Borgfeld

Bremen, den 27. Jan. 2008

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am
19. Febr. 2008

der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Borgfeld fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf, durch geeignete Maßnahmen aus dem Aktionsprogramm zwischen der Borgfelder Allee und den Aussengeländen des Kindergartens Murmel sowie der Schule Am Borgfelder Saatland sicherzustellen, dass die Kinder durch den dort vorhanden erhöhten Straßenlärm nicht in ihrer Gesundheit gefährdet und in ihrer Entwicklung gestört werden.

Begründung:

Unmittelbar an den Außengeländen der beiden Einrichtungen verläuft die stark frequentierte Borgfelder Allee, die alternativlos den gesamten Straßenverkehr vom und zum Hinterland aufnehmen muss und zusätzlich noch Teil des LKW-Führungsnetzes ist.

Hier ballen sich alle Straßenverkehrsarten, einschließlich der Straßenbahn und der Busse und es kommt zu all den schädlichen Begleiterscheinungen für die Kinder.

Bei der Vorstellung der Lärmkartierung im Beiratsausschuss wurde nun deutlich, dass an der Borgfelder Allee der durchschnittliche Tageslärm oberhalb von 70 dB liegt, vergleiche Anlage 5a Überschreitungskarte(70)S.

Da die errechnete Überschreitung einen Mittelwert darstellt, dürfte der Lärm zu den Zeiten, zu denen die Kinder draußen sind, noch erheblich höher sein, insbesondere morgens zur „rush hour“.

Es gehört zum Betrieb eines Kindergartens, dass die Kleinen draußen sind - im Sommer ausschließlich - und zum Betrieb einer Grundschule, dass sich die Kinder in den Pausen ebenfalls auf dem Außengelände aufhalten.

In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal auf unseren Beiratsantrag/-beschluss vom 24. Jan. 2006 aufmerksam machen, in dem wir seinerzeit schon Lärm- und Gefahrenschutz gefordert hatten. Nach unserer Einschätzung ist das eine Angelegenheit der staatlichen Daseinsvorsorge. Es erschließt sich uns nicht, warum der Vorgang an die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH weitergeleitet und dort offenbar nicht weiter bearbeitet wurde. Eine versprochene Rückmeldung ist bis jetzt ausgeblieben.

Gerd Ilgner und die Fraktion der SPD

Dem Antrag wurde in der Sitzung am 19. Februar 2008 einstimmig zugestimmt.

Anlage 6 zum TOP 7, Beiratssitzung am 19.02.2008

Fraktion der Grünen im Beirat Borgfeld

Lärmschutzmaßnahmen

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am 19.2.2008

Der Beirat möge beschließen:

1. Der Beirat Borgfeld fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf, als ersten Schritt zur Minderung des Verkehrslärms auf den Borgfelder Straßen die konsequente Einhaltung der Tempo-30-Zone durchzusetzen. Dies gilt insbesondere im Bereich der Borgfelder Landstraße wegen des dort noch vorhandenen Steinpflasters.
2. Der Beirat Borgfeld fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf mittelfristig, die noch vorhandenen Steinpflasterstrecken in der Borgfelder Landstraße durch Asphalt zu ersetzen.

Begründung:

Obwohl die Borgfelder Wohnstraßen großflächig als Tempo-30-Zone ausgewiesen sind, wird die Geschwindigkeitsbeschränkung kaum eingehalten.

Die vor einiger Zeit angelegten Einengungen haben kaum Wirkung gezeigt.

In der Borgfelder Landstraße entsteht erheblicher Verkehrslärm durch das Reifengeräusch auf dem Steinpflaster. Dieser Lärm ist umso höher, je höher die Geschwindigkeit des Fahrzeugs ist. Im Jahre 2007 durchgeführte Messungen der Verkehrinitiativen haben gezeigt, dass die Geschwindigkeit der meisten Fahrzeuge hier 50kmh und mehr (statt der erlaubten 30kmh) beträgt.

Insbesondere im zweiten Abschnitt der Steinplasterstrecke zeigen sich bereits erste Schäden, eine Reparatur wird in absehbarer Zeit ohnehin erforderlich werden. Spätestens in diesem Zusammenhang muss das Steinpflaster durch Asphalt ersetzt werden.

Eine konsequente Durchsetzung der Geschwindigkeitsbeschränkung durch entsprechende Überwachungsmaßnahmen würde neben einer Lärminderung auch die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern erhöhen.

Bremen, 14.2.2008

Jürgen Linke und Fraktion der Grünen

Anlage 7. TOP 9.1 zum Protokoll vom 19.02.2008

CDU-Fraktion im Beirat Borgfeld

Antrag für die Sitzung des Beirates Borgfeld am 19.2.08

Der Beirat Borgfeld fordert den Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa auf, gemeinsam mit dem Beirat eine Prioritätenliste, beginnend mit Ortskern, für den Austausch der wassergebundenen Decken der Fußwege in den Wohngebieten von Borgfeld gegen feste Decken aus Bitumen oder Pflaster auszutauschen.

Begründung:

Der Beirat Borgfeld hat sich in den letzten Jahren bei dem Neubau von Wegen, insbesondere in den Neubaugebieten Borgfeld-Ost und West, immer wieder dafür ausgesprochen, dass diese statt mit wassergebundenen Decken mit einer festen Decke z.B. aus Bitumen oder Pflaster ausgestattet werden.

Denn die jahrelange Erfahrung in Borgfeld hat gezeigt, dass die wassergebundenen Decken bei Regen i.d.R. unpassierbar sind. Sie weichen auf, stehen unter Wasser und werden matschig. Die Fußgänger gehen dann auf den Radwegen oder auf der Straße, was gerade für Kinder und ältere Leute sehr gefährlich ist. Entgegen den Zusagen der Wegeplaner hat sich der Belag auch nicht in den Jahren gesetzt. So stehen z.B. in Borgfeld-Ost bei Regen viele mit wassergebundenen Decken ausgestattete Wege immer wieder unter Wasser, obwohl diese bereits vor 7 bis 8 Jahren angelegt wurden.

Entgegen den ursprünglichen Erwartungen ist der ökologische Wert dieser wassergebundenen Decken gering.

Den Bürgerinnen und Bürgern von Borgfeld sind diese durchgeweichten Wege auf Dauer nicht länger zuzumuten. Es gab bereits häufige Beschwerden aus der Bevölkerung. Der Beirat Borgfeld spricht sich deshalb dafür aus, die wassergebundenen Decken nach und nach gegen feste Decken auszutauschen. Der Beirat Borgfeld fordert den zuständigen Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa auf, gemeinsam mit dem Beirat eine Prioritätenliste für den Austausch der Wegedecken aufzustellen.

Außerdem fordert der Beirat Borgfeld den Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa auf, bei der Neugestaltung von Fußwegen in den Wohngebieten auf wassergebundene Decken zugunsten fester Decken zu verzichten.

Bremen, 13.1.08

Gabi Piontkowski und Fraktion der CDU

Anlage 8, TOP 9.2 zum Protokoll vom 19.02.2008

CDU-Antrag für die Sitzung des Beirates Borgfeld

Der Beirat Borgfeld spricht sich für folgende gesetzliche Änderungen im Ortsgesetz über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen vom 18.12.2001 aus:

§ 4 Abs. 1 des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen vom 18.12.2001 wird wie folgt geändert:

Nach Nr. 4. wird folgende Nr. 5. eingefügt:

„Laub in den Monaten Oktober bis Dezember.“

§ 7 Abs. 3 des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen vom 18.12.2001 wird wie folgt geändert:

Nach Satz 4 wird folgender Satz 5 eingefügt:

„Auf Antrag des Abfallbesitzers, der ein selbstgenutztes Einfamilienhaus (Reihenhaus, Doppelhaus oder freistehendes Haus) bewohnt, kann das Behältervolumen der Biotonne nach der Grundstücksgröße ausgerichtet werden. Für jede 100 qm Grundstückfläche ist dabei ein Behältervolumen von zumindest 22,5 l bereitzustellen.“

⇒ Der zur Zeit erfolgende Austausch größerer Bio-Tonnen gegen kleine Bio-Tonnen ist im Hinblick auf die avisierte Gesetzesänderung zu stoppen.

Begründung:

Nach § 7 Abs. 3 Satz 4 des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen vom 18.12.2001 ist das **Behältervolumen der Biotonne nach dem Behältervolumen des Abfallbehälters für Restabfälle** (Restmülltonne) nach folgender Maßgabe **auszurichten**:

Restmülltonne	Biotonne
60 l	60 l
90 l	60 l
120 l	60 oder 90 l
240 l	60 oder 90 l
770 l	bis max. 240 l
1100 l	bis max. 240 l

Nach § 7 Abs. 1 des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen vom 18.12.2001 fallen unter **Bio- und Gartenabfälle**:

Biologisch abbaubare **Küchenabfälle**

kompostierbare Abfälle, insbesondere **Gartenabfälle** (Laub, Gras, Baum- und Strauchschnitt), Baumstämme und –stubben sowie Weihnachtsbäume

Nach § 12 Abs. 4 Satz 1 des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen vom 18.12.2001 beträgt die **Abfallbehälterausstattung für Restabfälle** insgesamt mindestens **30 l pro Person** (Vorhaltevolumen).

Schon die Auflistung der Fraktionen, die unter Bio- und Gartenabfälle fallen, zeigt, dass die Ausrichtung des Behältervolumens an der Größe der Restmülltonne **nicht immer sachgerecht** ist.

So orientiert sich die Größe der Biotonne z.Zt. ausschließlich an der Anzahl der in einem Haushalt lebenden Personen. Bei dem personenabhängig anfallenden Abfall handelt es sich aber in der Regel um Küchenabfall. Von der Größe des Grundstücks ist aber die Menge der anfallenden Gartenabfälle abhängig. Dies wird zur Zeit nicht berücksichtigt.

Insbesondere die **Bewohner von Einfamilienhäusern, Doppelhäusern und Reihenhäusern** mit größeren Grundstücken in den Stadtrandbezirken haben Probleme, die anfallenden Gartenabfälle sachgerecht zu entsorgen. Häufig kommt auch noch hinzu, dass sie auf ihren Grundstücken **das von auf öffentlichem Grund stehenden Bäumen abfallende Laub** aufnehmen müssen. Dieses Laub wird von der Entsorgung Nord z.Zt. ebenfalls **nicht mehr abgeholt**. Alljährlich fallen in den Herbstmonaten gerade in gewachsenen Wohnstrukturen daher erhebliche Mengen an Laub an, die die privaten Haushalte nicht mehr bewältigen können.

Eine **Kompostierung** der Bio- und Gartenabfälle wird von § 7 Abs. 2 des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen vom 18.12.2001 **nur im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren** gefordert. Diese Zumutbarkeitsgrenze ist überschritten, zumal bei der Kompostierung auf eine angemessene **Mischung** der Abfälle zu achten ist, die durch eine Entsorgung der Menge des Grasschnitts auf dem privaten Kompost gefährdet ist. Das häufig anfallende Eichenlaub eignet sich überhaupt nicht für eine Kompostierung. Die Folge ist, dass nicht selten die Restmüllbehälter für die Entsorgung von Grünabfällen genutzt werden, was dem Prinzip der getrennten Müllentsorgung widerspricht und kostenintensiv ist.

Es ist auch nicht zumutbar und aus ökologischen Gründen unvertretbar, von den Abfallbesitzern zu verlangen, die auf ihrem Grundstück anfallenden Grün- und Gartenabfälle zu den **Annahmestellen und Abfallentsorgungsanlagen** zu verbringen. Zum einen fallen hierdurch Mehrfachfahrten mit dem privaten PKW an, die aus ökologischen Gesichtspunkten möglichst vermieden werden sollten. Andererseits erfordert diese Art der Abfallverbringung zwingend die Verfügbarkeit eines privaten PKW, der durch die Art der Nutzung als Gartenabfallfahrzeug in seinem Wert auch noch stark gemindert wird.

Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, denn die Frage der Abfallentsorgung ist auch eine Frage der Wohnqualität und der Standortsicherung. Es kann keinen erheblichen Unterschied machen, ob von den Müllfahrzeugen etwas größere oder kleinere Biotonnen entleert werden, zumal ohnehin eine Annahmeverpflichtung für diese Abfälle seitens der Stadtgemeinde besteht. Für die anfallenden Laubmengen muß es jahreszeitbedingt Sonderregelungen geben, die eine ordnungsgemäße Abfuhr ermöglichen. Beides soll durch die angeregten gesetzlichen Änderungen erreicht werden.

Bremen, 25.1.08

Gabi Piontkowski und Fraktion der CDU

Dem Antrag wurde in der öffentlichen Sitzung des Beirates am 19. Febr. 2008 mehrheitlich zugestimmt.

Anlage 9, TOP 9.3 zum Protokoll der Beiratssitzung am 19.02.2008

SPD – Fraktion
Beirat Borgfeld

Bremen, den 7. Jan. 2008

Recycling – Station Borgfeld

der Beirat möge beschließen:

Der Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die geplante Recycling-Station in Bremen – Borgfeld umgehend erstellt wird.

Begründung:

In Borgfeld besteht durch die gestiegenen und noch weiter ansteigenden Einwohnerzahlen ein erhöhter Bedarf bei der Abgabe von wiederverwertbaren Stoffen.

Die Recycling-Station ist schon lange geplant und hätte, wie auch die anderen sozialen Infrastrukturmaßnahmen in Borgfeld – West, schon längst aus Gründen des vorrangigen Gemeinwohls realisiert werden müssen.

Die Errichtung der Recycling-Station ist von den zu finanzierenden Mitteln her, über die erhobenen Abfallgebühren bereits ausfinanziert, so dass ungesicherte Kostenfragen hier nicht hinderlich sind.

Durch die Recycling-Station unweit des Stadtteilmittelpunktes werden bei der Abgabe von Wertstoffen längere Fahrten in andere Ortsteile vermieden; etwas, was auch die Umweltbelastung reduziert.

Gerd Ilgner und die Fraktion der SPD

Aus Zeitgründen wurde über den Antrag nicht mehr beraten und wird in der nächsten Sitzung am 04. März erneut behandelt.

Anlage 10, TOP 9.3 zum Protokoll der Beiratssitzung vom 19.02.2008

B90/Grüne im Beirat Borgfeld
Jürgen Linke; Rainer Filser

15.02.2008

Antrag zu TOP 9 der ö. Sitzung am 19.02.2008

Antrag:

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat fordert, dass bei der Einrichtung der am Hamfhofsweg geplanten Recycling-Station eine Solaranlage erstellt wird. Das bedeutet, dass bereits bei der Planung der Wirtschaftsgebäude bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden (Ausrichtung der Gebäudeachse; Gestaltung der Dachkonstruktion u. a.)

Begründung:

Die Errichtung von Solaranlagen ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz (Reduktion der CO₂-Emission). Auch ökonomisch nimmt Fotovoltaik unter dem Aspekt drastisch erhöhter Preise für fossile Brennstoffe (Öl, Gas) an Bedeutung zu.